

Interpellation Nr. 81 (September 2012)

12.5228.01

betreffend Auswirkungen der Volksinitiative "Sicheres Wohnen im Alter"
auf den Kanton Basel-Stadt

Am 23. September wird über die eidgenössische Initiative "Sicheres Wohnen im Alter" abgestimmt. Diese will eine Minderheit älterer Menschen steuerlich privilegieren. Wie in diesen Fällen üblich, soll die Allgemeinheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Kosten tragen. Im diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch wäre der Steuerausfall für den Kanton Basel-Stadt bei einer Annahme der Initiative?
2. Wie würde der Regierungsrat diese Steuerausfälle kompensieren?
3. Wie hoch ist der Anteil der steuerpflichtigen Rentnern mit Wohneigentum an
 - a) allen Steuerpflichtigen des Kantons?
 - b) allen steuerpflichtigen Rentnern des Kantons?
4. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Gruppe der steuerpflichtigen Rentnern mit Wohneigentum finanzielle Unterstützung nötig hat?
5. Ist diese Bevorzugung der Rentner mit Wohneigentum aufgrund des Steuerwettbewerbs notwendig?
6. Lehnt der Regierungsrat die Initiative ab oder befürwortet er diese?
7. Befindet sich der Regierungsrat mit dieser Haltung im Einklang oder im Widerspruch mit den anderen Kantonsregierungen?

Philippe Macherel